



# HESSISCHER LANDTAG

24. 04. 2012

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend marktwirtschaftliche Industriepolitik ist integraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Industrie eine der tragenden Säulen der hessischen Wirtschaftskraft ist. In der Produktion hochwertiger Güter und Anlagen liegt eine besondere Stärke unseres Landes. Neben dem Dienstleistungssektor trägt die industrielle Produktion in Hessen weiterhin 17 v.H. zur Gesamtleistung der Wirtschaft bei. Mehr als die Hälfte davon wird durch den Export getragen. Die Landesregierung unterstützt diese Entwicklung positiv durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik. Gerade der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Zulieferindustrie haben in der Krise stabilisierend gewirkt. In Hessen sind außerdem die chemische Industrie und die Elektrotechnik überdurchschnittlich stark.
2. Der Landtag sieht die Entwicklung Hessens als High-Tech-Standort mit zukunftssträchtigen Branchen wie Biotechnologie, Nanotechnologie, Medizintechnik, pharmazeutische Industrie, IT- und Kommunikationstechnologie als wichtigen Schritt zu einer vielfältigen Unternehmens- und Forschungslandschaft. Die Industrie ist dabei der größte Motor für Innovationen. 90 v.H. der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und 77 v.H. der Innovationsaufwendungen kommen aus der Industrie.
3. Der Landtag bekräftigt daher seine Überzeugung, dass eine an ordnungspolitischen Prinzipien ausgerichtete Industriepolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard am besten geeignet ist, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen langfristig zu stärken. Zu den Erfolgsfaktoren dieser Politik gehört auch die bewährte Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und Politik: Die Wirtschaft sichert eigenverantwortlich ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit - die Politik gestaltet verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, setzt Impulse durch gezielte Förderprogramme und hat beispielsweise durch die Instrumente der Kurzarbeit und Konjunkturprogramme die Auswirkungen der letzten Wirtschaftskrise für die Menschen erheblich abgeschwächt. Diese Maßnahmen geschehen auf Basis arbeits- und sozialrechtlich abgesicherter Arbeitsverhältnisse, der Mitbestimmung, der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, weiterhin konsequent die erfolgreiche Industriepolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft fortzusetzen und klare, verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Innovation zu setzen.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung, auch auf nationaler und europäischer Ebene dafür Sorge zu tragen, dass die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Hessen verbessert werden. Er begrüßt es daher, dass die Gründung eines Netzwerks industriestarker Regionen in der EU von der Landesregierung initiiert und dieses sich aktiv für den Fortbestand von Industrie, gerade auch im Sinne von Arbeitsplätzen und Export, einsetzen wird.

6. Weiterhin bittet der Landtag die Landesregierung, Hessen wie bisher als technologieoffenes und forschungsfreundliches Land zu positionieren. Ein großer Erfolg in diesem Zusammenhang ist die Auszeichnung des Rhein-Main Clusters für individualisierte Immunintervention (CI3) als Spitzencluster durch das Bundesforschungsministerium. Parallel zur Clusterförderung begrüßt der Landtag das "House-of"-Konzept, das universitäre Forschung und ökonomische Praxis unter einem Dach vereint. In den Bereichen Finanzen, Mobilität und Logistik sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, in denen Hessen eine Spitzenstellung in der Besetzung und Lösung von Zukunftsthemen einnimmt, wurde es bereits erfolgreich umgesetzt. Der Landtag bittet die Landesregierung vor diesem Hintergrund zudem zu prüfen, ob ein "House of Pharma" die Reihe vervollständigen kann.
7. Der Landtag bittet die Landesregierung des Weiteren, den MINT-Bereich in der universitären, beruflichen und schulischen Ausbildung weiter auszubauen und den Technologietransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft weiter zu stärken.
8. Um gut ausgebildeten jungen Menschen in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit eine Perspektive zu bieten und den Fachkräftebedarf der dynamischen hessischen Wirtschaft auf allen Ebenen zu decken, bittet der Landtag die Landesregierung, eine Offensive zur Anwerbung ausländischer Nachwuchswissenschaftler sowie eine gezielte Anwerbekampagne von jungen Fachkräften aus der EU, insbesondere aus Spanien und Frankreich, zu starten.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. April 2012

Für die Fraktion der CDU  
Der Parl. Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**